

Antrag

der Abgeordneten Ulla Lötzer, Dr. Barbara Höll, Eva Bulling-Schröter, Harald Koch, Ralph Lenkert, Dorothee Menzner, Richard Pitterle, Michael Schlecht, Dr. Herbert Schui, Sabine Stüber, Dr. Axel Troost, Sahra Wagenknecht und der Fraktion DIE LINKE.

G 20 Gipfel in Toronto - Demokratische Kontrolle der Finanzmärkte und nachhaltige Regulierung der Weltwirtschaft durchsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit dem G 20-Gipfel in Pittsburgh im September 2009 hat sich die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise verschärft und sich von einer Immobilien- und Bankenkrise auf Industrieunternehmen und jetzt auf die staatlichen Haushalte ausgeweitet. Die globale Arbeitslosigkeit ist im Jahr 2009 massiv angestiegen. Sie liegt nach ILO-Angaben bei ca. 221 Millionen Arbeitslosen, d.h. in den beiden zurückliegenden Krisenjahren haben weltweit 34 Millionen Menschen ihre Arbeit verloren. Der internationale Handel und die industrielle Produktion liegen immer noch weit unter dem Niveau bei Ausbruch der Krise.

Die Regierungen der G20 tragen dafür die politische Verantwortung. Sie haben bei der Regulierung der Finanzmärkte, wie auch der Überwindung der Wirtschaftskrise vollständig versagt.

Weder eine generelle Regulierung der Finanzmärkte noch das Verbot von besonders gefährlichen Finanzprodukten wurde bisher durchgesetzt. Der Schwerpunkt der nationalen Antikrisenmaßnahmen lag darauf den Fortbestand von privaten Kreditinstituten zu sichern. Die Verursacher der Krise werden bis heute nicht an den Kosten beteiligt. Die Spekulation mit Rohstoffen, Nahrungsmitteln, Währungen und Staatsschulden hat erneut zugenommen.

Die nationalen Konjunkturprogramme wurden nicht international abgestimmt und ausgeweitet, stattdessen wurden im Rahmen von IWF-Rettungsprogrammen in Lateinamerika, Osteuropa und auch in Griechenland brutale Kürzungen von Sozialausgaben an die Vergabe von Krediten geknüpft. Die Bundesregierung ist Vorreiterin bei der schädlichen Sanierung von öffentlichen Haushalten durch Ausgabenkürzungen bei Investitionen und zu Lasten der sozial Benachteiligten. Die Bundesregierung will den Ausstieg aus Konjunkturprogrammen zum Schwerpunkt machen. Sie wird dafür von den USA und China scharf kritisiert.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich bei der G 20 dafür einzusetzen,

1. die Finanzmärkte effektiv unter demokratische Kontrolle zu stellen, indem:
 - Wechselkurse durch die Schaffung von Zielzonen zwischen den großen Weltwährungen stabilisiert, regionale Währungsabkommen unterstützt und die Leitwährungsrolle des Dollars durch einen supranationalen Währungskorb analog zu den Sonderziehungsrechten des IWF abgelöst wird;
 - eine funktionsfähige, weltweite Finanzmarktaufsicht unter dem Dach der UN geschaffen wird: Zu ihren Aufgaben gehört zuerst die Beobachtung systemischer Risiken und der Finanzmarktakteure. Darüber hinaus entscheidet sie über das weltweite Verbot von spekulativen Finanzinstrumenten. Ziel ist es, dass weltweit Geschäfte mit Credit Default Swaps verboten und Spekulationen auf Währungen, Nahrungsmittel und Rohstoffe beendet werden;
 - eine Vereinbarung für die weltweite Einrichtung von öffentlichen Rating-Agenturen zu treffen ist;
 - eine Transaktionssteuer auf den Handel mit Wertpapieren und Devisen zur Entschleunigung der Finanzmärkte sowie Kapitalverkehrskontrollen eingeführt werden;
 - die Schließung von Steueroasen befördert und global verbindliche Schritte zur angemessenen Beteiligung von Banken und transnationalen Konzernen an den Kosten der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise beschlossen werden;
2. eine Wende zur nachhaltigen Regulierung der Weltwirtschaft einzuleiten, indem:
 - das Problem der globalen Leistungsbilanzungleichgewichte weltweit, wie auch innerhalb von regionalen Wirtschaftsblöcken wie der Eurozone entschärft wird. Ungleichgewichte können zu Lasten der Exportüberschussländer durch die Schaffung eines Ausgleichsmechanismus nach dem Vorbild der von John Maynard Keynes in Bretton Woods ursprünglich vorgeschlagenen „International Clearing Union“ behoben werden;
 - auch weiterhin Konjunktur- und Subventionsmaßnahmen international koordiniert werden, um einen Subventionswettbewerb der Industrieländer zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und der schwachen Volkswirtschaften vor allem im globalen Süden zu verhindern und darüber hinaus ein internationales Konjunkturprogramm für Maßnahmen zum Klimaschutz, für den Erhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur aufgelegt wird;
 - gegenüber transnationalen Konzernen die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen und Menschenrechts- und Sozial- und Umweltstandards durchgesetzt werden und ein und ein globales Investitionsabkommen angegangen wird, mit dem Investitionen nachhaltig reguliert werden

Berlin, den 17. Juni 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion